

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.05.2010

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Schramm
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter: Frau Krausbeck

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Zuarbeiten wurden als Tischvorlagen übergeben:

- Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpakets II mit Stand vom 17.05.2010
- Prioritätenliste Abriss/Umgang mit dem HH-Ansatz 2.8800.946000

- Prüfungsanregung aus dem Finanzausschuss vom 20.04.2010 zur Durchsetzung von Stellplatzablöseforderungen
- Auszüge aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses vom 12.05.2010 zu den Vorlagen V/2010/08569, V/2010/08814, V/201008814

## **zu 2      Feststellung der Tagesordnung**

---

Herr Stadtrat Misch machte darauf aufmerksam, dass der Antrag von Herrn Schachtschneider (TOP 6.1: Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat, Nr.: V/2010/08557) im SGGA noch nicht behandelt wurde.

Herr Dr. Meerheim bedankte sich für den Hinweis und teilte mit, dass dieser Antrag nicht in der heutigen Sitzung behandelt werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen am 10.03., 13. und 20.04.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) - Straßenausbaubeitragssatzung  
Vorlage: V/2009/08441
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat - Vorlage: V/2010/08557 – **v e r t a g t**
- 6.2. Antrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Erhebung einer Kulturförderabgabe  
Vorlage: V/2010/08569
- 6.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Erhebung einer Kulturförderabgabe (Vorlagen-Nummer: V/2010/08569)  
Vorlage: V/2010/08814
- 6.2.2 Änderungsantrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum Antrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Erhebung einer Kulturförderabgabe  
Vorlage: V/2010/08844

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18. Mai 2010 - öffentlicher Teil

- 6.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherstellung der Transparenz und Erhöhung der Effizienz des Reports über städtische Beteiligungen  
Vorlage: V/2010/08729
- 6.4. Antrag der CDU-Fraktion: Bestellung einer Seniorenbeauftragten  
Vorlage: V/2010/08730
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen am 10.03., 13. und 20.04.2010**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen am 10.03., 13. sowie 20.04.2010 wurden genehmigt

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde am 20.04.2010 folgender abschließender Beschluss gefasst:

- zu 3.1 Antrag auf unbefristete Niederschlagung einer Stellplatzablöseforderung  
Vorlage: V/2010/08665

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, die Stellplatzablöseforderung in Höhe von 62.553,03 € unbefristet nieder zu schlagen.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 5.1 Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) - Straßenausbaubeitragssatzung Vorlage: V/2009/08441**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die nachfolgende Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Halle (Saale). Sie ersetzt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Anlagen im Bereich von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen der Stadt Halle (Saale) vom 22. Dezember 1999, zuletzt geändert durch die Zweite Änderungssatzung vom 22. November 2006.

**Finanzielle Auswirkung:**

Die finanziellen Auswirkungen hängen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen stark von den Umständen des Einzelfalls und davon ab, ob und wie die Stadt Halle (Saale) ihre öffentlichen Verkehrsanlagen ausbaut. Daher kann an dieser Stelle nicht beziffert werden, wie die neue Satzung sich finanziell im Einzelnen auswirkt. Allgemein kann aber eingeschätzt werden, dass gegenüber der bisherigen Regelung tendenziell mit leicht erhöhten Einnahmen zu rechnen ist (u. a. wegen in der Gesamtheit leicht höheren Anliegeranteilen bei Teileinrichtungen einzelner Straßenkategorien).

**zu 6      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1      Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat  
Vorlage: V/2010/08557**

---

**Ergebnis:**

vertagt

**zu 6.2      Antrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Erhebung einer Kulturförderabgabe  
Vorlage: V/2010/08569**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Frau Hintz, Herr Misch, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Schramm, Herr Böhnisch, Herr Knöchel, Herr Krause, Frau Krausbeck, Herr Geier, Herr Kogge.

Herr Wolter erläuterte den Inhalt und die Intention des Antrages. Die vorgeschlagene Kulturförderabgabe soll sowohl der Kulturförderung als auch dem Tourismus dienen.

Mehrere Mitglieder vertraten übereinstimmend die Auffassung, dass diese Kulturförderabgabe ein falsches Signal darstellt. Auch ist Halle nicht mit Weimar vergleichbar. Die Auslastung der Hotels in Halle beträgt zurzeit etwa 36 %, es ist damit zu rechnen, dass durch diese Abgabe die Auslastungszahlen weiter nach unten gehen.

Herr Dr. Meerheim und Herr Knöchel erklärten, dass sie grundsätzlich positiv dem Antrag gegenüber stehen.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18. Mai 2010 - öffentlicher Teil

Herr Bönisch stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Abbruch der Debatte, da keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind.

Der Vorsitzende ließ über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Bönisch:

4 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung.  
mehrheitlich abgelehnt

Herr Beigeordneter Geier erläuterte das damalige Verfahren in Weimar und teilte mit, dass es dort zunächst einen Grundsatzbeschluss gab, der aussagte, dass es eine kommunale Kulturförderabgabe geben soll. In diesem Grundsatzbeschluss wurden aber noch keine konkreten inhaltlichen Ausgestaltungen vorgenommen.

In einem weiteren Schritt wurde eine Arbeitsgruppe gebildet mit Vertretern der Weimarer Verwaltungsführung, den Fraktionsspitzen, Vertretern der wichtigsten Beherbergungsbetrieben und den wichtigsten Kultureinrichtungen. In dieser Arbeitsgruppe wurden dann die Einzelheiten in eine Verwaltungsvorlage „gegossen“. Der Prozess in Weimar dauerte allerdings Monate. Es ist auch in Halle nicht mit schnellen Ergebnissen zu rechnen.

Weiterhin machte Herr Geier darauf aufmerksam, dass die vorgeschlagene Abgabe nicht aufgrund des KAG beschlossen werden kann, sondern nur als Steuer im Rahmen des kommunalen Steuerfindungsrechts. Deswegen ist nicht damit zu rechnen, dass diese Abgabe/Steuer automatisch dem Kulturbereich zufließen kann, sondern – da es eine Steuer ist – dem allgemeinen Haushalt zugeordnet werden muss. Und aufgrund der Haushaltssituation sicherlich in die allgemeinen Deckungsmittel fließen wird.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, dass die Antragsteller einen Antrag auf Vertagung ihres Antrages stellen, mit der Auflage dass die Verwaltung im Sinne des Vorgehens in Weimar aktiv wird. Herr Geier sicherte zu, dass die Verwaltung im Sinne des Weimarer Vorgehens aktiv werden wird.

Herr Wolter stellte den Antrag auf unbefristete Vertagung.

Abstimmungsergebnis des Antrages von Herrn Wolter:

8 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen.  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

Somit wurden auch die Anträge Nr. Vorlage: V/2010/08814 und V/2010/08844, vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Ergebnis:**

unbefristete Vertagung

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Erhebung einer Kulturförderabgabe (Vorlagen-Nummer: V/2010/08569)  
Vorlage: V/2010/08814**

---

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Ergebnis:**

vertagt

**zu 6.2.2 Änderungsantrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum Antrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Erhebung einer Kulturförderabgabe  
Vorlage: V/2010/08844**

---

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Ergebnis:**

vertagt

**zu 6.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherstellung der Transparenz und Erhöhung der Effizienz des Reports über städtische Beteiligungen  
Vorlage: V/2010/08729**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Geier.

Herr Wolter erläuterte die Intention des Antrages und führte aus, dass es notwendig ist, dass alle Ratsmitglieder die entsprechenden Informationen erhalten müssen, da der gesamte Stadtrat einen Informationsanspruch hat. Eine Begrenzung des Informationsanspruches auf einzelne Stadträte ist weder aus sachlichen Gründen geboten noch durch die Gemeindeordnung gedeckt.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim wurde vereinbart, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag in der Fassung vom 23.04.2010 gestrichen wird, der Beschlussvorschlag zu Nr. 3 wird zur Nr. 2. In dem neuen Beschlussvorschlag 2 b wird Folgendes eingefügt:

***„die vom Stadtrat entsandten/gewählten Mitglieder in Aufsichtsratsgremien, soweit sie nicht zu dem zuvor genannten Personenkreis gehören (auszugsweise für die jeweilige Beteiligung)“***

***Der Versand des Beteiligungs-Report an den Adressatenkreis erfolgt zeitgleich durch die BMA. Der/die Oberbürgermeister(in) unterzeichnet eine Informationsvorlage über den jeweiligen Beteiligungs-Report an den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, um formell die Vorlage in den Ausschuss einzubringen.“***

Der Antragsteller schloss sich dem Vorschlag an.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**modifizierter Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sicherzustellen, dass die Geschäftsführer bzw. Leiter derjenigen städtischen Beteiligungen, die in dem durch die BMA erstellten und quartalsweise erscheinenden Beteiligungsreport über städtische Beteiligungen als risikobehaftet (gelbe und rote Ampel) bewertet werden, eine umgehende Information über den Inhalt der Einschätzung/Beanstandung der BMA erhalten. Weiterhin sind die Geschäftsführer bzw. Leiter der betreffenden Unternehmen zu einer unverzüglichen schriftlichen Stellungnahme zu den Feststellungen der BMA anzuhalten, welche dem Stadtrat - möglichst bereits zusammen mit dem Beteiligungsreport - zur Verfügung zu stellen ist.
2. Der Adressatenkreis des durch die BMA erstellten und quartalsweise erscheinenden Beteiligungsreports über städtische Beteiligungen ist - über den auf Seite 23 der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle genannten Personenkreis hinaus - auf sämtliche Stadträte auszudehnen. Es ist demnach durch die Stadtverwaltung sicherzustellen, dass der Beteiligungsreport dem gesamten Stadtrat zugesandt wird.
3. ***In Umsetzung der Beschlusspunkte 1 und 2 werden die folgenden Änderungen in der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle vorgenommen:***
  - a) ***Zur Gliederung des Beteiligungs-Reports in nunmehr vier Bestandteile wird in Anpassung an den praktizierten Aufbau des Beteiligungs-Reports ein 4. Spiegelstrich „Zusatzinformationen zur Quartalsberichterstattung“ auf Seite 22 eingefügt.***
  - b) ***Zum Adressatenkreis „Ratsmitglieder“ unter dem 2. Spiegelstrich auf Seite 23 wird die Formulierung „in den Gremien der Beteiligungsgesellschaften“ gestrichen.***
  - c) ***Nach der Aufzählung des Adressatenkreises wird zur steuerungsrelevanten Auswertung des Beteiligungs-Reports folgende neue Regelung auf Seite 23 aufgenommen:***

***„Die BMA übersendet die „Zusatzinformationen“ aus dem Beteiligungs-Report an die Beteiligungen, die in dem Bericht mit den Ampelfarben „gelb“ oder „rot“ bewertet wurden.***

***Die von den Geschäftsleitungen unterschriebenen Stellungnahmen erhält die BMA innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der „Zusatzinformationen“ in den Beteiligungen.***

***Die BMA sammelt die Stellungnahmen und fügt diese dem Beteiligungs-Report bei.“***

#### **zu 6.4 Antrag der CDU-Fraktion: Bestellung einer Seniorenbeauftragten Vorlage: V/2010/08730**

---

##### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

##### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Halle bestellt gemäß § 74a GO LSA eine(n) hauptamtlich tätige(n) Seniorenbeauftragte(n).

Die Verwaltung wird gebeten, ein geeignetes Stellenprofil dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vorab zur Kenntnis zu geben.

#### **zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

#### **zu 8 Mitteilungen**

---

Die Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit Stand vom 17.05.2010 wurde zu Beginn der Sitzung übergeben.

#### **zu 9 mündliche Anfragen**

---

##### **Entwicklung der Betreuungszahlen in Kindertageseinrichtungen**

Die Antwort der Verwaltung auf die mündliche Anfrage im Finanzausschuss vom 13.04.2010 zur Entwicklung der Betreuungszahlen in Kindertageseinrichtungen wurde am 12.05.2010 versandt.

##### **Beantwortung einer Anfrage in Sachen Schülerticket**

Frau Krausbeck fragte bei Herrn BG Kogge nach, wie der Stand der Beantwortung der Anfrage in Sachen Schülerticket ist. Herr BG Kogge teilte mit, dass noch auf eine Zuarbeit des Landes gewartet werden muss.



**zu 10     Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Rainer von Nievenheim  
Protokollführer